

PLANZEICHNUNG (Teil A) M 1:1.000



PLANZEICHENERKLÄRUNG

gem. Planzeichenvordnung 1990 (PlanzV 90), zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 4.5.2017 I 1057

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)



Allgemeines Wohngebiet WA gem. § 4 BauNVO

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)



Zahl der Vollgeschosse gem. § 20 (1) BauNVO i.V.M. §2 (6) und § 87 (3) BauO LSA



Grundflächenzahl GRZ gem. § 19 BauNVO



maximale Traufhöhe gem. § 16 (2) BauNVO



maximale Firsthöhe gem. § 16 (2) BauNVO

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)



offene Bauweise

6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)



Öffentliche Straßenverkehrsfläche



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung:



Verkehrsberuhigter Bereich (Mischfläche)



Private Erschließung

9. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)



Private Grünflächen

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 sowie Abs. 6 BauGB)



13.1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Zweckbestimmung:

M1 M3 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen: Bezeichnung Massnahmenfläche

PRÄAMBEL

Rechtsgrundlagen des Bebauungsplanes sind

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist,

- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bauordnungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3768) sowie

- die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).

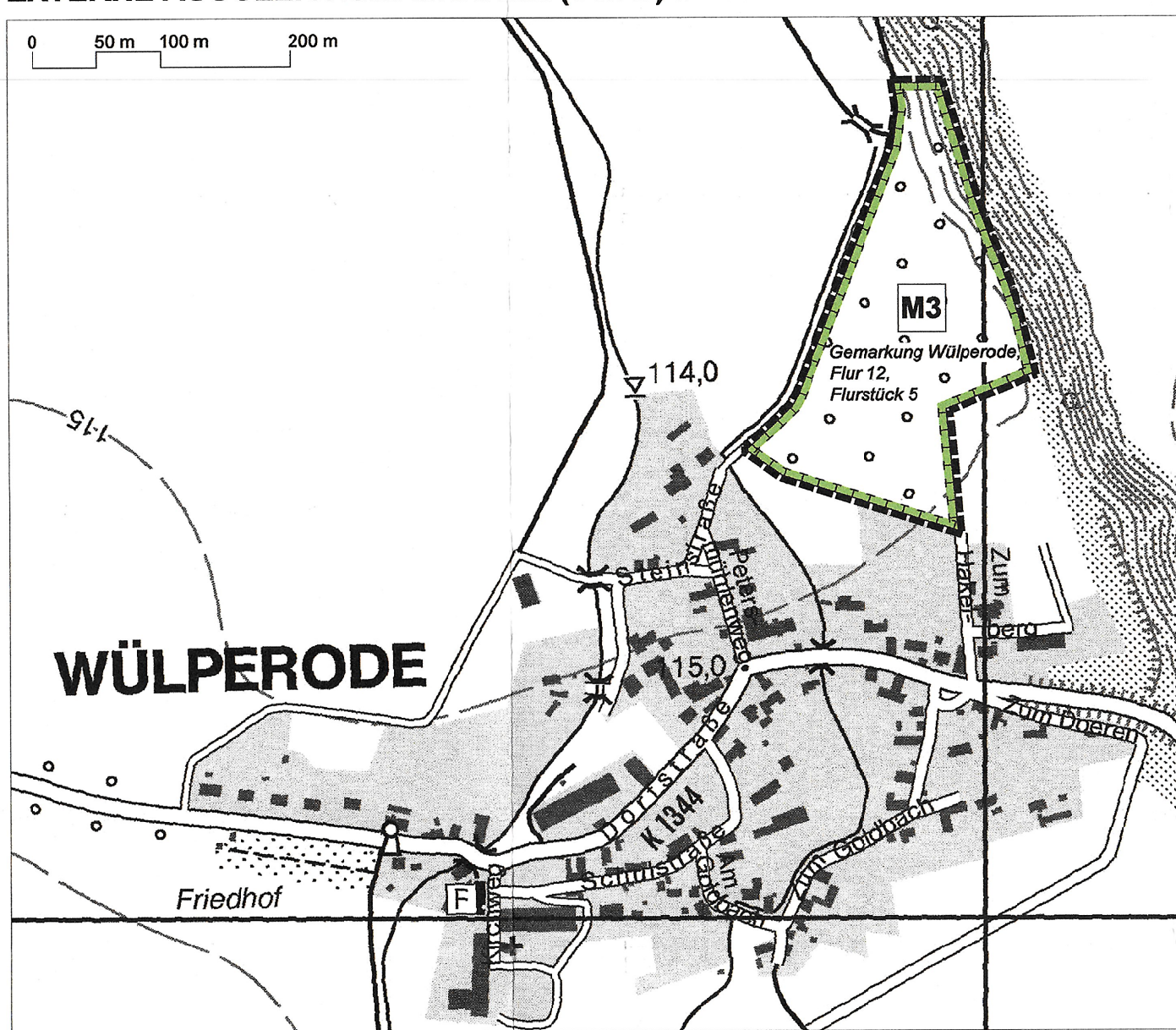
Rechtsgrundlage sind weiterhin die §§ 1, 4, 5 sowie 8 und 9 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA Nr. 12/2014 S. 288), in Kraft seit 01.07.2014 in der zum jeweiligen Verfahrensstand gültigen Fassung.

Osterwieck, den 06.07.2021

Mayor

Bürgermeisterin

EXTERNE AUSGLEICHSMAßNAHME (Teil B) M 1:5.000



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (TEIL C)

§ 1 Art der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Im festgesetzten Allgemeinen Wohngebiet WA sind unzulässig:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes gem. § 4 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe gem. § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO,
- Anlagen für Verwaltungen gem. § 4 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO und
- Tankstellen gem. § 4 Abs. 3 Nr. 5 BauNVO.

§ 2 Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. §§ 14 u. 23 BauNVO

Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sowie bauliche Anlagen, die nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind (Garagen, Stellplätze usw.), sind auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Dies gilt nicht für die vorhandenen Leitungstrassen und zugehörigen Schutzstreifen. Hier sind die Vorgaben der zuständigen Netzbetreiber zu beachten (siehe Nachrichtliche Übernahmen, Pkt. 2).

§ 2 - Höhe baulicher Anlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 und 18 Abs. 1 BauNVO

1) Die Traufhöhe baulicher Anlagen darf 8 m nicht überschreiten.

2) Die Firsthöhe baulicher Anlagen darf 12 m nicht überschreiten.

§ 3 - Erforderliche Bezugspunkte zur Bestimmung der Höhe baulicher Anlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 Abs. 1 BauNVO

1) Der untere Bezugspunkt ist in der Planzeichnung gekennzeichnet.

Er liegt bei 157 m über Normalhöhennull (NHN).

2) Oberer Bezugspunkt für die Traufhöhe ist der Schnittpunkt der senkrecht nach oben verlängerten Außenkante der Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut des höchstgelegenen Teiles des Daches.

Die Traufhöhe bei Pultdächern bezeichnet die Traufhöhe der niedrigeren Seite der baulichen Anlage.

Bei der Ausbildung einer Attika, insbesondere bei Flachdächern, gilt die Oberkante der Attika als oberer Bezugspunkt für die Traufhöhe (TH).

3) Als oberer Bezugspunkt für die Firsthöhe (FH) wird die Oberkante der obersten Dachbegrenzungs-kante definiert. Die Firsthöhe bei Pultdächern bezieht sich auf die höhere Seite der baulichen Anlage.

§ 4 Flächen und Maßnahmen zum Schutz des Bodens und der Natur gem. § 9 Abs. 1 Nr. 14 und 20 BauGB

Nicht überdachte Stellplatzflächen sind dauerhaft wasser- und gasdurchlässig (z.B. mit Rasensteinen, Schotterrasen oder Pflaster mit mehr als 30 % Fugenanteil) zu befestigen.

§ 5 Ausgleichsmaßnahme M1 - Anlage einer Baum-Strauch-Hecke aus heimischen Arten

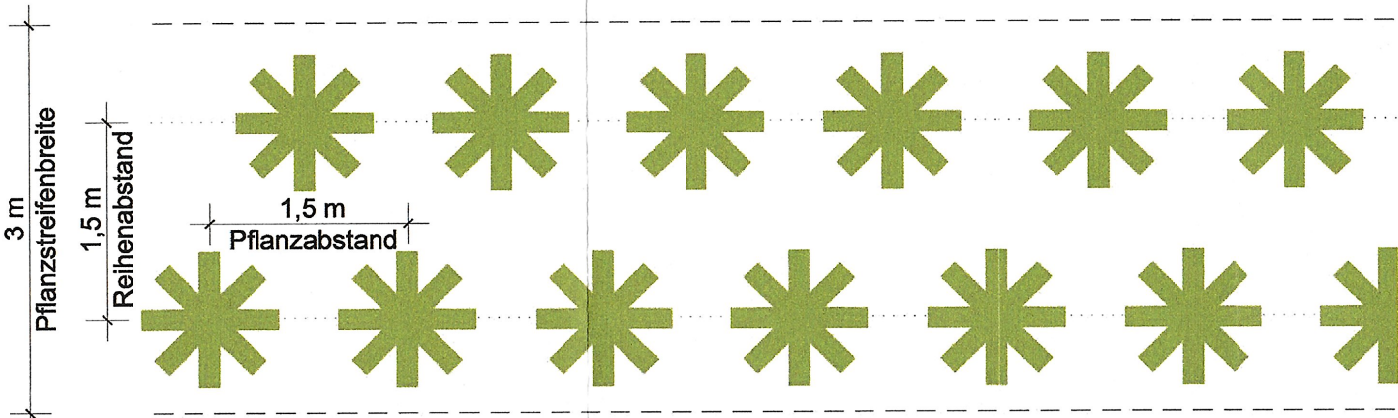
(1) In der in Planzeichnung (Teil A) mit M1 gekennzeichneten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) ist eine zweireihige Baum-Strauchhecke anzulegen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Die Fläche ist von jeglicher Bebauung oder anderweitiger Nutzung freizuhalten.

(2) Es sind ausschließlich die in den nachstehenden Artenlisten enthaltenen Baum- und Straucharten in der beschriebenen Anzahl und Pflanzqualität zu verwenden:

Artenliste Bäume	Anzahl	Pflanzqualität
Traubeneiche (Quercus robur)	5 Stück	- Hochstamm,
Eberesche (Sorbus aucuparia)	5 Stück	min. 2x verpflanzt,
Winterlinde (Tilia cordata)	4 Stück	Stammumfang min. 10-12 cm
Feldahorn (Acer campestre)	4 Stück	

Artenliste Sträucher	Anzahl	Pflanzqualität
Roter Hartriegel (Cornus sanguinea)	41 Stück	
Hundrose (Rosa canina)	48 Stück	- verpflanzte Sträucher,
Gewöhnlicher Schneeball (Viburnum opulus)	51 Stück	mit min. 5 Trieben,
Rote Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)	48 Stück	min. 100 - 150 cm hoch.

(3) Die Gehölze sind 2-reihig in einem Pflanzverband von 1,5 x 1,5 m zu pflanzen. Die Pflanzreihen sind versetzt gemäß nachfolgendem Pflanzschema anzuordnen:



(3) Die Sträucher sind in Gruppen à 3 Pflanzen in nachstehender Abfolge zu Pflanzen
Roter Hartriegel – Hundrose – Gewöhnlicher Schneeball – Rote Heckenkirsche

Im Abstand von 9 m (d.h. auf jeden 7. Pflanzplatz) sind die Baumarten in folgender Reihenfolge zu pflanzen:
Traubeneiche – Eberesche – Winterlinde – Feldahorn.

(siehe auch Pflanzschema im Umweltbericht, Pkt. 3.1.2 Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen auf Seite 36).

(4) Zur Pflanzung darf ausschließlich aus gebietsheimischem Saatgut gezogenes, standortgerechtes Pflanzgut zur Verwendung kommen. Die Gehölze sind aus anerkannten Baumschulen zu beziehen. Für Saat- und Pflanzgut ist ein Herkunftsnachweis zu erbringen.

§ 6 Ausgleichsmaßnahme M2 - Begründung der nicht überbaubaren Flächenanteile

gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchst. a) BauGB

(1) Die gemäß GRZ nicht überbaubaren Flächenanteile der im Bebauungsplan als allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO festgesetzten Flächen sind zu begründen, wobei maximal 80% als Rasenflächen ausgebildet werden dürfen und mindestens 20% mit Bäumen oder Sträuchern zu bepflanzen und dauerhaft zu unterhalten sind.

(2) Je angefangene 500 m² der Grundstücksfläche, die in der Planzeichnung (Teil A) als allgemeines Wohngebiet festgesetzt ist und in der weiteren Intensivierung der Flächennutzung bebaut oder sonstig versiegelt wird, ist ein standortgerechter Laubbaum oder Strauch auf den nicht überbaubaren Flächenanteilen zu pflanzen, dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang zu ersetzen.

(3) Es sind heimische, standortgerechte Sträucher und Bäume entsprechend den Vorgaben der Artenliste für Maßnahme M1 zu verwenden.

§ 6 Ausgleichsmaßnahme M3 - Anpflanzen von Obstbäumen in einen lückigen Streuobstaltbestand

nordöstlich von Wülperode gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

(1) Die Obstbaumpflanzung ist auf Teilflächen des Flurstückes 5, Flur 12, Gemarkung Wülperode. Die Abgrenzung der Maßnahmenfläche M3 ist im Plan zur Externen Ausgleichsmaßnahme (Teil B) zu festgesetzt.

(2) Es sind 19 hochstämmige Obstbäume in bestehende Fehlstellen nachzupflanzen.

(3) Es sind in Absprache mit dem Flächeneigentümer Obstsorten aus den nachstehenden Artenlisten zu verwenden (Obstsortenempfehlung Landkreis Harz):

Äpfel
Aderslebener Kavell
Altländer Pfannkuchapfel
Aurala
Baumanns Renette
Brettacher
Carola
Danziger Kantapfel
Dülmener Rosenapfel
Finkenwalder Herbstprinz
Galloway Pepping
Geflammtter Kardinal
Goldrenette von Blenheim
Grahms Jungefernapfel
Helios
Kaiser Wilhelm
Königsapfel
Mariens Sämmling
Minister Hammerstein
Piras
Prinz Albrecht von Preußen
Prinzenapfel
Reka
Relinda
Retina
Riesenboiken
Rheinischer Bohnapfel
Rheinischer Winterrambur
Rote Sternrenette
Roter Eisenapfel
Schöner von Boskoop
Schöner von Harnhut
Schöner von Lunow

Birnen
Birne von Tongern
Clairgeau
Clapps Liebling
Doppelte Philipsbirne
Diele Butterbirne
Gute Graue
Gute Luise
Köstliche von Chameu
Kultfuß
Muskatellerbirne
Neue Poiteau
Nordhäuser Winterforelle
Pastorenbirne
Petersbirne
Pitmaston
Prinzessin Marianne
Solaner
William's Christ

Pflaumen
Cacaks Schöne
Emma Leppermann
Elena
Graf Althahn - Althans rote
Reneklude
Große Grüne Reneklude
Hanlia
Hauszwetschke
Nancyrabelle
The Czar
Wangenheim

Süßkirschen
Badeborner Schwarze
Knorpelkirsche
Bianca
Burlat
Büthners Rote Knorpel
Dönissens Spätle
Knorpelkirsche
Teckners Schwarze
Heckenkirsche
Türkine
Prunus avium (Vogelkirsche)

Sauerkirschen
Kameol
König Hortense
Königer Weichsel
Schattenmorelle
Ungarische Taubige

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

1. Archäologisches Kulturdenkmal (gem. § 2 DenkmSchG LSA i.V.m. § 9 Abs. 6 BauGB)

Der gesamte Geltungsbereich befindet sich innerhalb des Areal eines archäologischen Kulturdenkmals gem. § 2 Abs. 2 DenkmSchG LSA.

Vor jeglichen Erdarbeiten im Geltungsbereich müssen archäologische Ausgrabungen zur Dokumentation der archäologischen Denkmalsubstanz und zur Fundbergung stattfinden. Der Bauherr hat sich mindestens 4 Wochen vor Baubeginn mit dem Landesamt für Denkmalpflege (LDA), Richard-Wagner-Str. 9, 06114 Halle (Saale) in Verbindung zu setzen.

Aus Gründen der Planungssicherheit wird empfohlen, vorab eine archäologischen Baugrunduntersuchung durchzuführen.

Aufgrund von deren Ergebnissen können Aussagen zum weiteren Aufwand gemacht werden.

2. Mittelspannungsleitungen im Plangebiet und zugehörige Schutzstreifen (gem. § 9 Abs. 6 BauGB)

2.1 Für die Mittelspannungsleitungen ist ein Schutzstreifen von 2 m Breite beidseitig der Leitungstrasse zu beachten.

2.2 Den Netzbetreibern ist es in diesem Bereich zu ermöglichen, für Wartungs- und andere Arbeiten die Flächen zu betreten oder zu befahren, um die notwendigen Arbeiten uneingeschränkt ausführen zu können.

2.6 Für die Lagerichtigkeit der eingezeichneten Anlagen, Kabel, Rohrleitungen und Neben-/Hilfseinrichtungen, insbesondere für Maßangaben, übernimmt der Netzbetreiber keine Gewähr.

Bei Arbeiten im Gefährdungsbereich (Nieder- und Mittelspannung 2 m, Hochspannung 6 m) von Verteilungsanlagen ist der genaue Verlauf, insbesondere die Tiefe, durch Graben von Suchschlitzen in Handschachtung oder in leistungsschonender Arbeitstechnik, wie z.B. der Einsatz eines Saugbaggers, festzustellen.

Bei Unklarheiten ist in jedem Fall Rücksprache mit dem zuständigen Kundencenter/Standort des Netzbetreibers aufzunehmen.

3. Vorgaben zum Leitungsschutz für alle Leitungstrassen im Plangebiet (gem. § 9 Abs. 6 BauGB)

Im Bereich aller im Plangebiet verlaufenden Leitungstrassen, zugehörigen Anlagen und zugeordneten Schutzstreifen ist Folgendes zu berücksichtigen:

3.1 Es dürfen keine Handlungen vorgenommen werden, die den Bestand der hier vorhandenen Versorgungsleitungen und zugehörigen Anlagen gefährden können.

3.2 Vor jeglichen Erdarbeiten sind schriftliche Zustimmungen der zuständigen Versorgungsträger einzuholen (Schachtgenehmigungen).

3.3 Die Bebauung (insbesondere Gründungen jeglicher Art), die Befahrung mit Baufahrzeugen, das Lagern schwer zu transportierender Materialien und die Pflanzung von Gehölzen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der zuständigen Versorgungsträger zulässig.

3.4 Über die Ausführung jeder Baumaßnahme sind die zuständigen Versorgungsträger spätestens 10 Werktage vor Beginn schriftlich (per Post, Fax oder per Email) unter Angabe von Art, Ort und voraussichtlicher Bauzeit zu informieren.

Baubeginn und auch Bauende sind rechtzeitig anzuzeigen.

Bauarbeiten jeglicher Art dürfen nur unter Einhaltung der vom zuständigen Versorgungsträger beauftragten Sicherungsmaßnahmen bzw. nur bei Anwesenheit eines Beauftragten des zuständigen Versorgungsträgers begonnen oder durchgeführt werden.

Bauarbeiten jeglicher Art dürfen nur unter fachkundiger Aufsicht durchgeführt werden.

Alle Auflagen der zuständigen Versorgungsträger, die zur Sicherung ihrer Anlagen dem Ausführenden gemacht haben, müssen eingehalten werden.

3.5 Die Lage der nachrichtlich übernommenen Leitungen - insbesondere die Tiefenlage der Leitungen - kann sich durch Bodenabtragungen, Aufschüttungen oder durch andere Maßnahmen Dritter nach der Verlegung und Einmessung verändert haben.

Daher sind tatsächliche Lage und Tiefe der angegebenen Leitungen durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (z.B. Ortung, Querschläge, Suchschlitze o.ä.) vom Bauunternehmen durch vorsichtige Handschachtung selbst zu ermitteln.

Etwalige Abweichungen der tatsächlichen Lage von den Angaben in Bestandsplänen der Versorgungsträger bzw. in der Planzeichnung der vorliegenden Planung entbinden nicht von einer Haftung des Bauunternehmens.

HINWEISE

1. Flächen für die Feuerwehr

Die Flächen für die Feuerwehr sind gem. § 5 Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauOLA) auf den Baugrundstückem im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens in den sonstigen Bauvorlagen nachzuweisen.

2. Löschwasserversorgung

Für das Plangebiet ist seitens der Stadt Osterwieck die Löschwasserversorgung mindestens im Grundschutz (48 m³/Std. über 2 Std.) sichergestellt.

Die Eignung des Bauvorhabens für die zur Verfügung gestellte Löschwassermenge ist im Baugenehmigungs- bzw. Genehmigungsverfahren mit den konkreten Bauvorlagen nachzuweisen.

3. Untersuchung zur Versickerungsfähigkeit

Um Vermässigungsprobleme zu vermeiden, wird empfohlen, vorab - ggf. im Rahmen der Baugrunduntersuchung - standortkonkrete Untersuchungen der Versickerungsfähigkeit des Untergrundes durchzuführen.

4. Artenschutz

Zur Vermeidung der Auslösung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG für die potentiell vorkommenden Vogelarten sowie für nicht endgültig ausschließbare Feldhamstervorkommen sind folgende Artenschutzmaßnahmen zu beachten:

4.1 Baufeldfreimachung und Gehölzentnahmen
• Die Baufeldfreimachung kann ausschließlich außerhalb der Brutzeiten in den Monaten ab Juli bis Ende Februar erfolgen.

• Die im Rahmen der Baufeldfreimachung hergerichteten Bauflächen einschließlich der Baunebenflächen (Lagerflächen und ähnliches) sind bis zum eigentlichen Baustart dauerhaft vegetationsfrei zu halten.

• Gehölzentnahmen sind ausschließlich in den Wintermonaten vom 01.10. bis 28.02. zulässig.

4.2 Feldhamster

Zur Vermeidung von Individuenverlusten bei potenziell vorhandenen Feldhamsterausiedlungen sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

• zum letztmöglichen Termin vor Baubeginn ist eine Kartierung von Feldhamstervorkommen im Plangebiet durchzuführen,

• Bei Besatz hat eine Umsiedlung zu erfolgen,

• Termine zur Durchführung einer Kartierung von Feldhamstervorkommen sind im Frühjahr (April/Mai) und im Sommer/Herbst (August/September nach Ernte).

Im Anschluss an die Kartierung ist die Fläche bis Baubeginn unattraktiv, d.h. "schwarz" ohne Bewuchs, zu halten.

4.3 Sonstige geschützte Arten

Sollten bei dem Vorhaben geschützte Arten oder ihre Lebensstätten, z. B. Zaunaidechsen, aktuell besetzte oder auch unbesetzte Nester oder Schlaf- und Hangplätze geschützter Arten angetroffen werden, sind die Arbeiten zu unterbrechen und ebenfalls unverzüglich die Untere Naturschutzbehörde zu informieren.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck hat in der Sitzung vom 28.09.2017 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde vom 17.10.2017 bis 01.11.2017 ortsüblich bekannt gemacht.

2. Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom Mai 2019 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom 06.06.2019 bis 08.07.2019 beteiligt.

3. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim in der Fassung vom Mai 2019 wurde gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom 21.06.2019 bis 22.07.2019 mit der Begründung öffentlich ausgelegt.

Die öffentliche Auslegung wurde vom 06.06.2019 bis 13.09.2019 ortsüblich bekannt gemacht mit dem Hinweis, dass während der Auslegungsfrist sich jedermann über die Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich innerhalb der Auslegungsfrist zur Planung äußern kann.

4. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck hat in der Sitzung vom 12.03.2020 die Auslegung des Bebauungsplanes „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim beschlossen.

5. Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom Januar 2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 29.06.2020 bis 31.07.2020 beteiligt.

6. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim in der Fassung vom Januar 2020 wurde gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 30.06.2020 bis 31.07.2020 mit der Begründung öffentlich ausgelegt.

Die öffentliche Auslegung wurde vom 16.06.2020 bis 04.08.2020 ortsüblich bekannt gemacht mit dem Hinweis, dass während der Auslegungsfrist sich jedermann über die Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich innerhalb der Auslegungsfrist zur Planung äußern kann.

Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom November 2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a BauGB in der Zeit vom 10.03.2021 bis 11.04.2021 beteiligt.

Der des Bebauungsplanes „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim in der Fassung vom November 2020 wurde gemäß § 4a BauGB in der Zeit vom 11.03.2021 bis 12.04.2021 mit der Begründung öffentlich ausgelegt.

Die öffentliche Auslegung wurde vom 23.02.2021 bis 14.04.2021 ortsüblich bekannt gemacht mit dem Hinweis, dass während der Auslegungsfrist sich jedermann über die Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich innerhalb der Auslegungsfrist zur Planung äußern kann.

7. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck hat in der Sitzung vom 08.07.2021 den Bebauungsplan „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom April 2021 als Satzung beschlossen.

Osterwieck, den 09.07.2021

Mayor

Bürgermeisterin

8. Der Bebauungsplan „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim wird hiermit ausgesetzt.

Osterwieck, den 16.07.2021

Mayor

Bürgermeisterin

9. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan „Wernigeröder Tor“ für die Ortschaft Dardesheim wurde am 23.07.2020 gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln in der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen gem. § 215 BauGB und weiterhin auf Fälligkeit und Entschöpfung von Entscheidungssprüchen gem. § 44 BauGB hingewiesen worden.

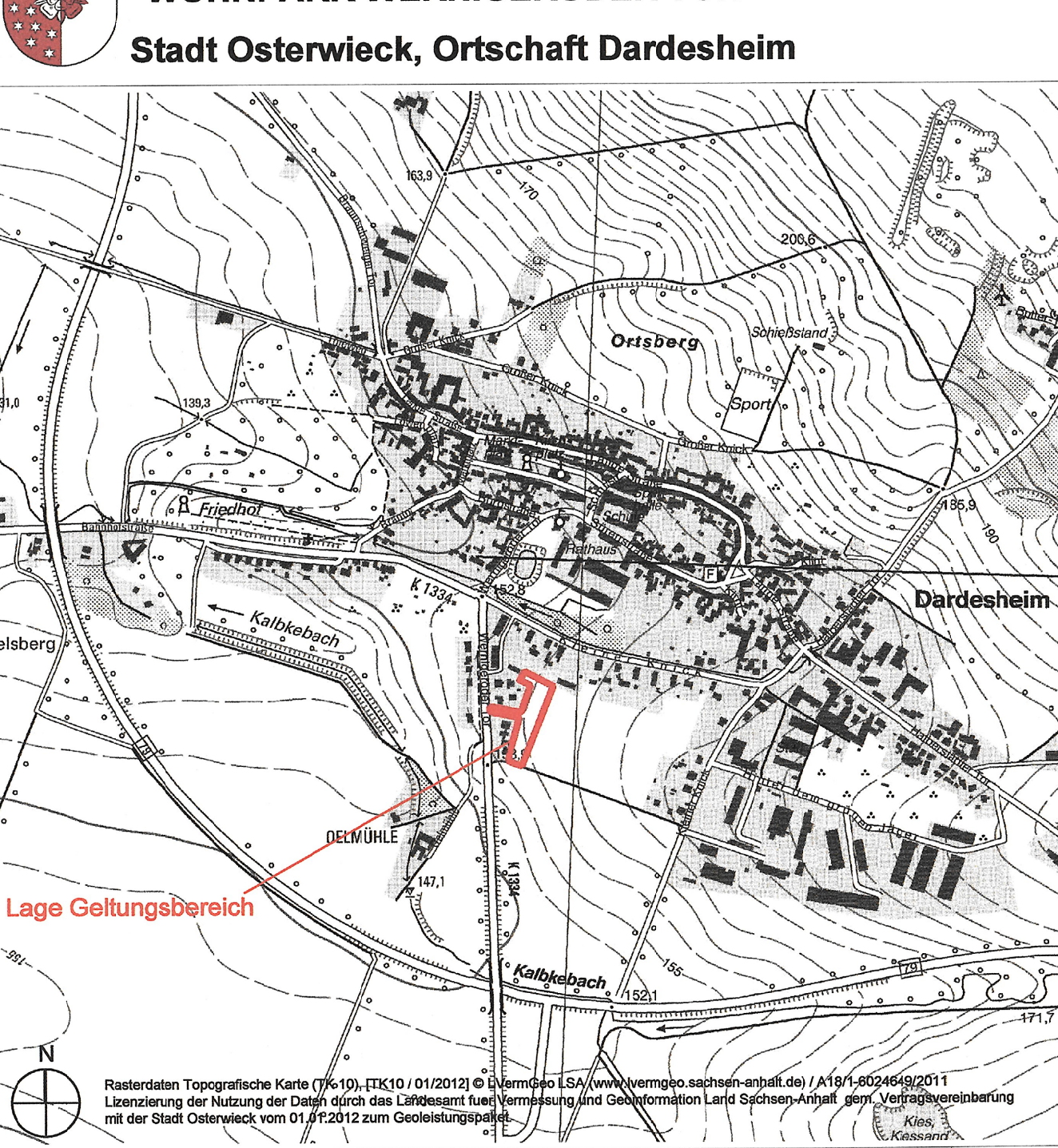
Osterwieck, den 23.07.2021

Mayor

Bürgermeisterin

BEBAUUNGSPLAN "WOHNPAK WERNIGERÖDER TOR"

Stadt Osterwieck, Ortschaft Dardesheim



Planverfasser	Gezeichnet: Z
	Datum: April 2021
Dipl. Ing. Elmar Arnholt / Dipl. Ing. Frank Ziehe	Gedruckt: Wd
An der Petrikirche 4 / Teichstraße 1	Rev.-Nr.: 15
38106 Braunschweig / 38935 Hessen	
	Tel.: 0531 480 36 30
	Fax: 0531 480 36 32
	Mobile: 0163 52 82 52 1
	Email: info@ag-ge.de